Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Textteil an redaktionellen Tagt. 29 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,80 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 4 Kr. 15. Postbezug für Monat Juni 2,25 RM. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M. Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2000

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 136 × Sonnabend, 14. Juni 1930 38. Jahrgang

Die entscheidende Sitzung des Reichskabinetts

Wird man versuchen, die Annahme der Deckungsvorlagen zu erzwingen? — Der Auslandskredit für produktive öffentliche Arbeiten

Der Simon-Bericht

Die Unruhen in Indien dauern an

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. **London**, 13. Juni

In Indien hat die Bekanntgabe des ersten Teiles des Simon-Berichtes keine Erleichterung der Lage hervorgerufen. Die Nationalisten haben im Gegenteil die Gelegenheit benutzt, um den Boykott auf die Spitze zu treiben. In Bombay kam es gestern nacht zu einer Demonstration von etwa 25 000 Menschen, der die Polizei nach vergeblichen Versuchen, sie aufzuhalten, schließlich kampflos weichen mußte. Tausende von unbewaffneten Männern und Frauen besetzten die Eingänge aller Schankstätten der Stadt und erzwangen ihre Schließung. Den Versuchen der Polizei, diese Posten zu beseitigen, leisteten sie Widerstand und drohten, drei Tage und drei Nächte ununterbrochen auf den Straßen stehenbleiben. Diese Art von gewaltloser Rebellion bringt in einer Industriestadt wie Bombay naturgemäß die schwersten Störungen mit sich und zwingt die Behörden zu gewaltsamem Eingreifen. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Nationalisten einen besonderen „Scholapur-Tag" zu feiern beabsichtigen als Erinnerung an die Ausrufung des Kriegsrechtes in Scholapur vor etwa einem Monat. Die Unruhen selbst sind naturgemäß nicht die ernsteste Seite der Lage in Indien, wenn man die Entwicklung auf längere Sicht betrachtet. Die Hauptschwierigkeit besteht in der tiefen Entfremdung, die zwischen der englischen Verwaltung und der indischen Bevölkerung durch die jüngsten Ereignisse entstanden ist. Ob es unter diesen Umständen möglich sein wird, eine wirklich repräsentative Gruppe von indischen Vertretern zu der entscheidenden Reformkonferenz nach London zu bringen, steht gegenwärtig im Mittelpunkt des indischen Problems. Es gibt wenig englische Beobachter, die in dieser Beziehung optimistisch sind.

Italienisch-französische Spionage-Affaire

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 13. Juni

Nach einer Meldung aus Nizza hat die dortige Bahnhofspolizei vor mehreren Tagen den aus Turin stammenden italienischen Offizier Fortunato Bolle unter Spionageverdacht verhaftet, als er den Zug nach Ventimiglia besteigen wollte. Bolle war im Besitze zahlreicher Schriftstücke, unter denen sich Pläne befanden, die die französische Militärorganisation in der Dauphiné betrafen. Der Verhaftete sitzt bereits seit vier Tagen im Gefängnis, doch wahrt die Polizei das größte Stillschweigen. Ein Beamter erklärte lakonisch, die Angelegenheit sei zwar nur von geringer Tragweite, doch bedeutungsvoll genug, um die Verhaftung und die Anklageerhebung zu rechtfertigen.

Tomsky kriecht zu Kreuze

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L **Moskau**, 13. Juni. (Durch United Preß)

Nach Kamenew hat nunmehr auch Michael Tomsky, der früher allmächtige Leiter der Gewerkschaften und einer der hervorragendsten Führer der Rechtsopposition, Buße getan. In einer sensationellen Rede auf dem in Tiflis abgehaltenen Distriktsparteitag erklärte er, daß Bucharin und er selbst bei ihrem Kampf gegen Stalin im Unrecht gewesen seien. Stalin habe recht gehabt, und er, Tomsky, werde hinfort alles tun, um ihn zu unterstützen. Die Ansichten, die er früher vertreten habe, seien auf das nachdrücklichste zu bekämpfen.

Das Entwaffnungsgesetz angenommen

× **Wien**, 13. Juni. (Durch Funkspruch)

Der österreichische Nationalrat nahm in zweiter Lesung nach längerer, stellenweise lebhafter Debatte mit 86 gegen 72 Stimmen das sogenannte Entwaffnungsgesetz an. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Die dritte Lesung findet am Dienstag statt.

Das Kabinett hinter Moldenhauer?

B. **Berlin**, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht)

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts wird für die bevorstehenden parlamentarischen Entscheidungen von außerordentlicher Bedeutung sein. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Stellungnahme zur Begründung der Deckungsvorlagen, die inzwischen vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist. Das Kabinett in seiner Gesamtheit wird darüber zu befinden haben, ob es sich die Moldenhauerschen Gedankengänge zu eigen macht oder nicht.

Der Reichsfinanzminister ist, wie wir hören, entschlossen, wenn das Kabinett sich gegen ihn entscheiden sollte, die Konsequenzen zu ziehen, im andern Falle aber mit dem Finanzprogramm, das er übrigens, wie entgegen den Erklärungen verschiedener Landesverbände der Deutschen Volkspartei festgestellt werden muß, nicht ohne Fühlungnahme mit den leitenden Instanzen seiner Partei aufgestellt hat, zu stehen oder zu fallen.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Vorlagen noch eine grundlegende Umgestaltung im Kabinett erfahren werden. In den vorangegangenen Sitzungen hat es, wie wir zu wissen glauben, wohl über diese und jene Einzelheit Meinungsverschiedenheiten gegeben, in den Hauptpunkten aber ist sich das Kabinett einig gewesen, und in dieser Auffassung dürfte sich wohl auch kaum von heute auf morgen ein Umschwung vollziehen, wenn auch die Reichsregierung einen Widerstand von solcher Heftigkeit, wie er sich in den letzten Wochen bemerkbar machte, offenbar nicht erwartet hat. Auf den ausdrücklichen Wunsch Dr. Moldenhauers wird auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther an der Sitzung teilnehmen.

Selten hat das deutsche Volk das Ergebnis eines Kabinettsrats mit größerem Interesse erwartet. Im Reichsfinanzministerium bemüht man sich, wie zahlreiche offizielle Berichte aus Berlin zeigen, dem Volke gut zuzureden und sucht der Oeffentlichkeit klar zu machen, daß kein andrer Weg als der des Notopfers übrig geblieben sei, wenn man rasch zur Sanierung der Finanzen kommen wolle. Es wird erklärt, man habe zunächst an eine allgemeine Mieterhöhung um 5 Prozent gedacht, habe diesen Plan aber wieder aufgegeben, weil man es nicht für ratsam hielt, im Augenblick, wo die Lohn- und Preissenkungsaktion eingeleitet wird, die Mieten zu steigern. Ferner hat man auch eine abermalige Erhöhung der Biersteuer um 25 Prozent erörtert, ist aber auch von diesem Plan wieder abgekommen, weil man den Erfolg einer solchen Steuererhöhung für sehr zweifelhaft hält. Aus ähnlichen Gründen hat man auch auf eine Erhöhung der Zigarettensteuer verzichtet. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer hält aber die Regierung im Augenblick der sinkenden Konjunktur nicht für tragbar.

So kam man schließlich auf den Gedanken des Notopfers. Der Finanzminister hat sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß den Gruppen, die verhältnismäßig gesichert dastehen, ein Opfer auferlegt werden müsse, durch das die Produktion selbst nicht getroffen würde. Es lag die Möglichkeit vor, den direkten Weg einer Kürzung der Beamtengehälter zu beschreiten. Dieser Weg erwies sich aber sehr bald als ungangbar, weil zwar für die Reichsbeamten eine solche Maßnahme nach Ansicht des Finanzministers keine verfassungsändernde Wirkung hätte, wohl aber für die Beamten der Länder und Gemeinden.

Hätte die Regierung sich aber — abgesehen von der Ungerechtigkeit eines solchen Vorgehens — darauf beschränkt, nur die Reichsbeamten heranzuziehen, so würde der alsdann erzielte Betrag bei weitem nicht ausreichen, das Loch im Etat zuzustopfen. Eine gestaffelte allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer wollte man deswegen nicht in Erwägung ziehen, weil der größte Teil der Einkommensteuer ja den Ländern zugute kommt, das Reich aber diese neue Steuer für sich allein braucht.

Aus diesem Grunde hat man das Notopfer völlig von der Einkommensteuer losgelöst. Wie man heute erfährt, ist der Zugriff des Finanzministeriums sogar noch brutaler und noch rigoroser, als man bisher angenommen hatte. Die vierprozentige Abgabe vom Einkommen wird nämlich nicht vom sogenannten steuerbaren Einkommen erhoben, sondern von der reinen Bruttoeinnahme. Das heißt, der Steuerzahler muß, ohne Berücksichtigung des steuerfreien Existenzminimums, der Familienabzüge, der Werbekosten oder aller sonstigen Steuereinschränkungen, diese vier Prozent von seinem Gesamteinkommen abführen. Aber noch mehr: In den ersten Tagen betonte man vor allem den befristeten Charakter dieses Notopfers bis zum 30. April 1931. Jetzt wird schon offiziös zugegeben, daß, wenigstens soweit die Beamten in Frage kommen, eine solche Befristung keineswegs zu erwarten ist. Sollte die erhoffte Preissenkung tatsächlich eintreten, so will die Regierung die Sonderabzüge für die Beamten zunächst dauernd weiter bestehen lassen, also tatsächlich eine Gehaltskürzung der Beamten vornehmen. Den Widerstand der Länder hofft sie damit zu überwinden, daß sie diese ab 30. April 1931 an den Gewinnen aus dieser Sondersteuer beteiligen will.

Unterdessen wächst in allen Kreisen der Widerstand gegen die Ungeheuerlichkeit der Vorschläge in ihrer jetzigen Form. Dieser Widerstand wird kaum geringer sein, wenn man hört, daß die Regierung sogar mit dem Gedanken umgeht, alle Witwen und Waisen mit in die Ledigensteuer einzubeziehen. Auf der andern Seite soll aber die Ausgabensenkung wieder einmal auf den Herbst verschoben werden, und die Regierung erklärt jetzt schon, sie könne im ganzen deutschen Milliardenetat nur 25 Millionen Mark auffinden, die eingespart werden könnten. Niemand verkennt die furchtbare Notlage des deutschen Staates. Die Ziffern der Arbeitslosenversicherung sprechen eine zu deutliche Sprache. Niemand sträubt sich gegen die Notwendigkeit stärkster Belastung und größter Opfer. Aber jeder will auch, daß diese Opfer gleichmäßig verteilt werden und daß ihnen auf der andern Seite auch allerhöchste Ausgabensenkung gegenübersteht. Die Folgen einer Annahme aber der jetzigen von allen guten Geistern verlassenen Vorlage durch um ihre Mandate besorgte Parlamentarier, die gern in die Sommerferien gehen möchten, würden geradezu katastrophal für den heutigen Staat und das heutige System sein. Nie hatte Deutschland einen so ideenlosen Finanzminister als den, der jetzt auf diesem Posten sitzt.

Th. Sch.

Neuer Schlag Polens gegen Danzig

Unser Mitarbeiter Richard Bahr hat gestern in unserm Leitartikel die Not und Bedrängnis Danzigs geschildert, dieser rein deutschen, durch den Versailler Vertrag zu einem eigenen Staat erklärten Stadt. Wie stark die dort gekennzeichneten Polonisierungsbestrebungen sind, geht aus Meldungen hervor, die sich gerade heute in Berliner Blättern finden.

Bekanntlich ist die Verwaltung der Eisenbahn im Gebiet der Freien Stadt Danzig den Polen übertragen worden. Wie jetzt bekannt wird, lassen **die Polen auf den Danziger Fernbahn**steigen Zeitungen und Zeitschriften nur noch in polnischer Sprache ausrufen. Die bisherigen Zeitungsverkäufer sind durch andre ersetzt worden, die entweder Polen sind oder die polnische Sprache beherrschen. Natürlich verfolgt die Maßnahme den Zweck, nach außen hin bei den Durchreisenden den Eindruck zu erwecken, als ob Danzig eine polnische Stadt sei.

Das Vorgehen der Polen verstößt gegen die bestehenden Verträge insofern, als in ihnen ausdrücklich bestimmt wird, daß die Amtssprache deutsch sei und nichts unternommen werden solle, was geeignet sein soll, die Gefühle der **Danziger Bevölkerung zu verletzen.**

Aufträge an die Wirtschaft

Die sächsische Regierung ergreift die Initiative

N. **Dresden**, 13. Juni

Im Anschluß an die Verordnung über die vorläufige Haushaltsgebarung im Rechnungsjahr 1930 hat das Finanzministerium nachstehendes Schreiben an die einzelnen Ministerien gerichtet:

„Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, mit allen geeigneten Mitteln die Beschaffung von Arbeit für die zahlreichen Erwerbslosen in Sachsen zu fördern und zugleich der daniederliegenden sächsischen Wirtschaft Aufträge zuzuführen, legt das Finanzministerium besonderes Gewicht darauf, daß nunmehr sofort im Rahmen der verfügbaren Kassenmittel beschleunigt alle Planungen in Angriff genommen werden, für die nach dem Entwurf des Staatshaushaltplans für 1930 und den vom Gesamtministerium auf Grund von Artikel 44 der Verfassung gefaßten Beschlüssen zur Zeit für bauliche Maßnahmen (im Bereiche des Wohnungsbaues und der sonstigen Hochbau- sowie der Straßen- und Wasserbauverwaltung) oder für die Erteilung sonstiger Aufträge an die Wirtschaft Staatsmittel verausgabt werden können. Sollte sich dabei die Notwendigkeit ergeben, über die Beträge hinauszugehen, die durch Vereinbarungen der Ministerien als Geldbedarf der Staatsverwaltung für die Monate Mai, Juni, Juli 1930 festgestellt worden sind, so bittet das Finanzministerium, vorher mit ihm Fühlung zu nehmen, damit die durch solche Abweichungen gegebenenfalls notwendigen Kassendispositionen rechtzeitig getroffen werden können."

•

Die Finanzierung produktiver Bauten

Eine Gesellschaft unter amerikanischer Führung

• **Berlin**, 13. Juni

Die Verhandlungen über einen großen Auslandskredit zum Zweck produktiver öffentlicher Arbeiten scheinen sich ihrem Abschluß zu nähern. Es handelt sich um vorerst 80 bis 100 Millionen Mark, die die amerikanische Untergesellschaft der Londoner Schroeder-Gruppe, die J. Henry Schroeder Banking Corporation in New York, langfristig zur Verfügung stellen will. Dieser Kredit ist aber, der „Vossischen Zeitung" zufolge, nur ein Teil eines weit umfangreicheren Planes. **Es soll eine eigene Finanzierungsgesellschaft gegründet werden, die in den nächsten drei Jahren Anleihen für produktive Bauzwecke, für Meliorationen, für die Errichtung von Talsperren und ähnliche Anlagen auflegen soll.** Die Anleihen sollen vorwiegend in Amerika placiert werden. Die neue Finanzierungsgesellschaft wird, wie das Blatt weiter mitteilt, mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Mark ausgestattet werden und ferner mit 150 Millionen offenen Reserven und 100 Millionen stillen Reserven arbeiten. **Als finanzielle Grundlage sollen die Forderungen des Reiches an die öffentlichen Körperschaften dienen.** Diese Forderungen, die im ganzen etwa 400 Millionen Mark betragen, sollen vom Reich an die Reichskreditgesellschaft übertragen werden, die sie als Treuhänder zu verwalten hätte. Die Verwaltung der neuen Finanzierungsgesellschaft soll in die Hände der vom Reich kontrollierten Deutschen Bau- und Bodenbank gelegt werden.

Wie das „B. T." hört, wird im Reichsfinanzministerium erwogen, zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft demnächst eine weitere Serie von 100 Millionen Mark Reichsbahnvorzugsaktien herauszubringen, von denen 50 Millionen Mark an die Landesversicherungsanstalten und 50 Millionen an das Ausland gegeben werden sollen.

Die Gesandtschaften in Peking

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L **Peking**, 13. Juni. (Durch United Preß)

Wie die United Preß aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der amerikanische Gesandte Johnson seiner Regierung vorgeschlagen, die Gesandtschaft nach Schanghai zu verlegen, um gleichzeitig den chinesischen Wünschen auf Abschaffung der aus Marinetruppen bestehenden Gesandtschaftswache nachzukommen.

SLUB
Wir führen Wissen.